Vorschlag zur Änderung der Satzung der Studierendenschaft

I Allgemeiner Teil.....	2
§ 1 Zusammensetzung und Rechtsstellung	2
§ 2 Rechte und Pflichten der Mitglieder	2
§ 3 Aufgaben der Studierendenschaft	2
§ 4 Organe der Studierendenschaft	3
§ 5 Mandate und Ämter der Studierendenschaft	3
II. Studierendenparlament	4
§ 6 Aufgaben	4
§ 7 Zusammensetzung und Amtszeit	4
§ 8 Präsidium	4
§ 9 Einberufung und Beschlussfähigkeit	5
§ 10 Beschlussfassung	5
§ 12 Vorzeitiges Ausscheiden und Nachrücken	6
§ 13 Auflösung und Neuwahl	6
§ 14 Geschäftsordnung	6
III Wahlen	6
§ 15 Wahlen	6
§ 16 Wahlausschuss	6
IV Allgemeiner Studierendenausschuss.....	7
§ 17 Allgemeiner Studierendenausschuss	7
§ 18 neu Autonome Referate	7
§ 20 Amtszeit	8
V Ältestenrat	9
§ 21 Aufgaben	9
§ 22 Sitzung	9
§ 23 Beschlüsse	9
§ 24 Wahlen und Zusammensetzung	10
§ 25 Geschäftsordnung	10
VI Fachschaften	10
§ 26 Fachschaften	10
§ 27 Organ und Beschlussfassung	11
§28 Wahlen	11
VII Fachschaftenkonferenz	11
§ 30 Aufgaben	11
§ 31 Zusammensetzung und Sitzungen	11
§ 32 Geschäftsordnung	12
VIII Finanzwesen.....	12
§ 33 Beiträge	12
	1

§ 34 Haushalt	12
§ 35 Finanzordnung	12
IX Rechnungsprüfungsausschuss	12
§ 36 Aufgaben	12
§ 37 Zusammensetzung	13
§ 38 Sitzung und Beschlussfassung	13
X Urabstimmung und Vollversammlung	13
§ 39 Urabstimmung	13
§ 40 Vollversammlung der Studierendenschaft	13
XI Schlussbestimmungen	14
§ 41 Satzungsänderung	14
§ 42 Übergangsbestimmungen	14
§ 43 Aufhebung bisherigen Rechts	14
§ 44 Inkrafttreten	14

Erläuterung:

Dort wo zwei Texte tabellarisch nebeneinander stehen, hat sich der Ausschuss darauf geeinigt, dem Parlament zwei Lösungen vorzuschlagen. Dabei sind die beiden Möglichkeiten in § 6 k (Aufgaben des Studierendenparlaments) an die beiden Möglichkeiten der Regelungen zum AStA geknüpft.

Auf der Grundlage des § 76 Absatz 2 des Hessischen Hochschulgesetzes hat das Studierendenparlament folge Satzung für die Studierendenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen beschlossen

I Allgemeiner Teil

§ 1 Zusammensetzung und Rechtsstellung

- (1) Studierende oder Studierender im Sinne dieser Satzung ist jede immatrikulierte Studentin und jeder immatrikulierte Student der Justus-Liebig-Universität Gießen.
- (2) Die Gesamtheit der Studierenden bildet die Studierendenschaft.
- (3) Die Studierendenschaft ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und als solche Glied der Hochschule.

§ 2 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jede oder jeder Studierende hat das Recht, nach Maßgabe dieser Satzung und ihrer Ausführungsordnung in den Organen der Studierendenschaft mitzuwirken.
- (2) Jede oder jeder Studierende hat das aktive und passive Wahlrecht, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.
- (3) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Studierendenschaft von ihren Mitgliedern Beiträge.

§ 3 Aufgaben der Studierendenschaft

- (1) Die Studierendenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selbst. Sie wirkt nach Maßgabe der Gesetze an der Selbstverwaltung der Justus-Liebig-Universität Gießen mit.

(2) Die Studierendenschaft hat folgende Aufgaben:

- a) die Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse.
 - b) die Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder,
 - c) die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studierenden, soweit sie nicht dem Studentenwerk oder anderen Trägern übertragen sind, insbesondere auch durch Beratung,
 - d) die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins ihrer Mitglieder,
 - e) die Pflege überregionaler und internationaler Beziehungen zwischen Studierenden,
 - f) die Unterstützung kultureller und musischer Interessen der Studierenden,
 - g) die Förderung des freiwilligen Sports der Studierenden, soweit nicht die Hochschule dafür zuständig ist.
- 3) Die Studierendenschaft wirkt auf eine Universität frei von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hin.
- 4) Die Studierendenschaft wirkt auf die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männer und Frauen hin.
- 5) Die Studierendenschaft wirkt auf eine ökologische und nachhaltige Universität hin.
- 6) Die Studierendenschaft wirkt auf die Verwirklichung der Barrierefreiheit an der Justus-Liebig-Universität hin.

§ 4 Organe der Studierendenschaft

(1) Organe der Studierendenschaft sind:

- a) Das Studierendenparlament
- b) Der Allgemeiner Studierendenausschuss
- c) Der Ältestenrat

(2) Das Studierendenparlament und der Allgemeine Studierendenausschuss tagen grundsätzlich öffentlich. Näheres regeln die jeweiligen Geschäftsordnungen.

§ 5 Mandate und Ämter der Studierendenschaft

(1) Die Mitglieder des Studierendenparlaments sind Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger der Studierendenschaft.

(2) Amtsträgerinnen oder Amtsträger der Studierendenschaft sind

- a) die Referentinnen und Referenten des Allgemeinen Studierendenausschusses,
- b) die Mitglieder des Ältestenrates,
- c) Mitglieder des Präsidiums des Studierendenparlaments

(3) Studentische Vertreterinnen oder Vertreter sind insbesondere die Mitglieder

- a) in den sonstigen Ausschüssen des Studierendenparlaments,
- b) in den Gremien der Universität und der Fachbereiche
- c) im Verwaltungsrat des Studentenwerks,
- d) die Vorsitzenden der Fachschaftenkonferenz

(4) Die studentischen Vertreterinnen und Vertreter sollen dem Studierendenparlament, dem Allgemeinen Studierendenausschuss und ihrer jeweiligen Fachschaft über Beratungen und Beschlüsse ihres Organs berichten, soweit diese nicht der Vertraulichkeit unterliegen oder Belange des Datenschutzes entgegenstehen.

(5) Den Amtsträgerinnen und Amtsträgern der Studierendenschaft und den studentischen Vertreterinnen und Vertretern kann nach Maßgabe des Haushaltsplans und der Finanzordnung eine Aufwandsentschädigung gewährt werden. Den Mitgliedern des Allgemeinen Studierendenausschusses muss eine Aufwandsentschädigung gewährt werden.

II. STUDIERENDENPARLAMENT

§ 6 Aufgaben

(1) Das Studierendenparlament ist das oberste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft. Es bringt den Willen der Studierendenschaft zum Ausdruck.

(2) Das Studierendenparlament entscheidet über alle Angelegenheiten der Studierendenschaft, soweit diese Satzung nichts anderes vorsieht, insbesondere über:

- a) Wahl und Abwahl der Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses,
- b) Entlastung des Allgemeinen Studierendenausschusses,
- c) Erlass, Änderung und Aufhebung von Ordnungen und der Satzung der Studierendenschaft,
- d) Verabschiedung des Haushaltsplanes der Studierendenschaft und Festsetzung der Höhe von Beiträgen für die Studierendenschaft,
- e) Wahl und Abwahl der Mitglieder des Ältestenrates,
- f) Wahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses,
- g) Wahl und Abwahl des Wahlausschusses,
- h) Einsetzung weiterer Ausschüsse sowie der Wahl und Abwahl ihrer Mitglieder
- i) Vorschlag der studentischen Vertreterinnen oder Vertretern für den Verwaltungsrat des Studentenwerks

k) den Stellenplan und Aufgabenbereiche der Referate des Allgemeinen Studierendenausschusses	k) den Stellenplan, sowie Anzahl und Aufgabenbereiche der Referate des geschäftsführenden Allgemeinen Studierendenausschusses (Anm.: Als optionaler Zusatz für die entsprechenden §§ über den AStA
--	---

§ 7 Zusammensetzung und Amtszeit

(1) Das Studierendenparlament setzt sich bei seiner Konstituierung aus 31 Mitgliedern zusammen, die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in allgemeiner, freier, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl für die Dauer eines Jahres gewählt werden.

(2) Die Amtszeit des Studierendenparlaments beginnt am 1. April im Jahr der Wahl und endet am 31. März des folgenden Jahres. Sie verlängert sich über diesen Zeitraum hinaus, sofern bis dahin kein neues Studierendenparlament gewählt worden ist.

§ 8 Präsidium

(1) Das Studierendenparlament wählt in seiner konstituierenden Sitzung aus seiner Mitte ein Präsidium, das aus drei Mitgliedern besteht, wovon mindestens ein Mitglied weiblich sein soll.

(2) Die Mitglieder des Präsidiums werden einzeln mit der Mehrheit der satzungsgemäßen Mitglieder des Studierendenparlaments gewählt. Kommt in zwei Wahlgängen die erforderliche Mehrheit nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die Mehrheit

der abgegebenen Stimmen erhält. Die Mitglieder des Präsidiums können nur einzeln mit der Mehrheit der satzungsgemäßen Mitglieder abgewählt werden.

(3) Das Präsidium ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Arbeit des Studierendenparlamentes verantwortlich.

(4) Das Präsidium benennt die Mitglieder des Verwaltungsrates des Studentenwerks auf Vorschlag des Studierendenparlamentes.

§ 9 Einberufung und Beschlussfähigkeit

(1) Das Präsidium beruft das Studierendenparlament zu mindestens drei Sitzungen während der Vorlesungszeit eines Semesters ein. Das Parlament kann aus wichtigem Grund mit einer Einladungsfrist von 14 Tagen zu einer Sitzung in der vorlesungsfreien Zeit eingeladen werden.

(2) Zusätzliche Sitzungen finden statt

- a) auf Beschluss des Studierendenparlamentspräsidiums,
- b) auf Antrag von sechs Mitgliedern des Studierendenparlamentes,
- c) auf Antrag des Allgemeinen Studierendenausschusses oder
- d) auf Antrag des Ältestenrats.

(3) Die Mitglieder des Studierendenparlamentes sind eine Woche vor der Sitzung schriftlich einzuladen. Der Einladung ist eine Tagesordnung und bereits vorliegende Anträge beizufügen.

Termin und Tagesordnung der Sitzung des Studierendenparlamentes sind spätestens eine Woche vorher bekannt zugeben.

(4) Das Studierendenparlament ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder anwesend ist und ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde

(5) Wahlen, sowie der Erlass, Aufhebung und Änderungen der Satzung oder von Ordnungen bedürfen der Ankündigung in der Tagesordnung. Anträge auf Abwahl von Mitgliedern des Allgemeinen Studierendenausschusses, oder von Mitgliedern des Präsidiums, sowie auf Auflösung des Studierendenparlamentes bedürfen der Ankündigung in der Tagesordnung.

§ 10 Beschlussfassung

(1) Die Beschlussfassung erfolgt mit Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen, soweit diese Satzung nichts anderes vorschreibt; bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

(2) Über die Sitzung des Studierendenparlamentes ist ein Protokoll anzufertigen und zu veröffentlichen. Das Protokoll muss mindestens Beschlüsse, Ergebnisse von Wahlen und andere Abstimmungsergebnisse sowie deren Gegenstand enthalten. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

§ 11 Ausschüsse des Studierendenparlamentes

(1) Als ständige Ausschüsse wählt das Studierendenparlament den Wahlausschuss, sowie aus der Mitte des Parlaments den Rechnungsprüfungsausschuss. Zur Unterstützung des Studierendenparlamentes können weitere Ausschüsse gebildet werden. Ihre Tätigkeit ist sachlich und zeitlich zu begrenzen.	(1) Als ständige Ausschüsse wählt das Studierendenparlament den Wahlausschuss, sowie aus der Mitte des Parlaments den Rechnungsprüfungsausschuss. Zur Unterstützung des Studierendenparlamentes können weitere Ausschüsse gebildet und aus ihrer Mitte besetzt werden. Ihre Tätigkeit ist sachlich und
--	---

zeitlich zu begrenzen.

- (2) Die Ausschüsse werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.
- (3) Die Ausschüsse wählen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende / einen Vorsitzenden.
- (4) Die Regelungen zum Allgemeinen Studierendenausschuss bleiben hiervon unberührt.
- (5) Die Ausschüsse geben sich eine Geschäftsordnung. Geben sich die Ausschüsse keine Geschäftsordnung, findet die Geschäftsordnung des Studierendenparlaments entsprechende Anwendung.

§ 12 Vorzeitiges Ausscheiden und Nachrücken

- (1) Ein Mitglied des Studierendenparlaments scheidet vorzeitig aus durch:
 - a) Exmatrikulation,
 - b) Mandatsniederlegung, die dem Präsidium schriftlich mitzuteilen ist,
 - c) Tod.

(2) Für das ausscheidende Mitglied rückt diejenige Kandidatin oder derjenige Kandidat des nächstfolgenden Listenplatzes derselben Wahlliste nach. Ist die Liste erschöpft, bleibt der Sitz unbesetzt; eine Nachwahl findet nicht statt.

(3) Ist ein Mitglied verhindert, so kann er oder sie sich vertreten lassen. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Studierendenparlaments.

§ 13 Auflösung und Neuwahl

Das Studierendenparlament kann mit einer Zweidrittelmehrheit seiner satzungsmäßigen Mitglieder seine Auflösung beschließen. In diesem Fall ist unverzüglich eine Neuwahl durchzuführen.

§ 14 Geschäftsordnung

Das Studierendenparlament gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung regelt die Arbeit des Studierendenparlaments und seiner Ausschüsse.

III Wahlen

§ 15 Wahlen

(1) Das Studierendenparlament und die Fachschaftsräte werden jährlich in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Die Wahlen finden als Brief- und Urnenwahl statt. Die Sitzverteilung erfolgt nach dem Hare-Niemeyer-Zählverfahren.

Die Wahlen sollen gleichzeitig mit den Wahlen zur universitären Selbstverwaltung stattfinden.

(2) Das Studierendenparlament beschließt eine Wahlordnung. Sie regelt die Wahlen zum Studierendenparlament und den Fachschaftsräten sowie das Verfahren des Studentischen Wahlausschusses.

§ 16 Wahlausschuss

(1) Dem Wahlausschuss obliegt die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Studierendenparlament und zu den Fachschaftsräten.

(2) Im Wahlausschuss muss von jeder Liste mindestens eine Parlamentarierin oder ein Parlamentarier vertreten sein, sofern sie dies wünscht.

(3) Wer dem Wahlausschuss angehört, kann nicht Kandidatin oder Kandidat bei der nächsten Wahl zum Studierendenparlament sein.

IV Allgemeiner Studierendenausschuss

<p>§ 17 Allgemeiner Studierendenausschuss</p> <p>(1) Der AStA führt die laufenden Geschäfte der Studierendenschaft in eigener Verantwortung. Er ist dabei an die Beschlüsse des Studierendenparlaments und an den Haushaltsplan der Studierendenschaft gebunden. Er führt die Beschlüsse des Studierendenparlaments aus und ist diesem gegenüber rechenschaftspflichtig.</p> <p>(2) Der AStA vertritt die Studierendenschaft außergerichtlich und gerichtlich. Rechtsgeschäftliche Erklärungen müssen von mindestens zwei Mitgliedern des Allgemeinen Studierendenausschusses gemeinschaftlich abgegeben werden. Erklärungen, welche die Studierendenschaft verpflichten, bedürfen der Schriftform.</p> <p>(3) Die Referentinnen und Referenten sind verpflichtet, am Ende ihrer Amtszeit dem Studierendenparlament einen Tätigkeitsbericht vorzulegen</p>	<p>§ 17 neu Allgemeiner Studierendenausschuss</p> <p>(1) Der Allgemeine Studierendenausschuss besteht aus dem geschäftsführenden AStA und den autonomen Referaten.</p> <p>(2) Der geschäftsführende AStA vertritt die Studierendenschaft außergerichtlich und gerichtlich. Rechtsgeschäftliche Erklärungen müssen von mindestens zwei Mitgliedern des geschäftsführenden Allgemeinen Studierendenausschusses gemeinschaftlich abgegeben werden. Erklärungen, welche die Studierendenschaft verpflichten, bedürfen der Schriftform.</p>
<p>§ 18 neu Autonome Referate</p> <p>1) Im AStA existierten autonome Referate, die die Interessen spezieller Studierendengruppen vertreten. Dies Referate vertreten insbesondere folgende Gruppen:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Ausländische Studierendenb) Frauen, sowie Lesbische und bisexuelle Studentinnenc) Schwule und bisexuelle Studentend) Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankunge) Fachschaftsräte	<p>§ 18 neu Geschäftsführender AStA</p> <p>(1) Der geschäftsführende AStA führt die laufenden Geschäfte der Studierendenschaft in eigener Verantwortung. Er ist dabei an die Beschlüsse des Studierendenparlaments und an den Haushaltsplan der Studierendenschaft gebunden. Er führt die Beschlüsse des Studierendenparlaments aus und ist diesem gegenüber rechenschaftspflichtig.</p> <p>(2) Die Referentinnen und Referenten sind verpflichtet, am Ende ihrer Amtszeit dem Studierendenparlament einen Tätigkeitsbericht vorzulegen.</p>
<p>§ 19 neu Vollversammlungen der autonomen Referate</p> <p>1) Die autonomen Referate führen jeweils zum Beginn der Vorlesungszeit des SoSe eine Vollversammlung ihrer Studierendengruppen durch. Weitere VV</p>	<p>§ 19 Autonome Referate</p> <p>(1) Neben dem geschäftsführenden AStA vertreten Autonome Referate die spezifischen Interessen ihrer Gruppen. Dies Referate vertreten insbesondere folgende Gruppen:</p>

<p>sind nach Bedarf einzuberufen. Für die Einladungen findet § 39 II entsprechende Anwendung.</p> <p>2) Diese Vollversammlungen legen die Anzahl der jeweiligen Referentinnen und Referenten fest, wählen diese mit einfacher Mehrheit und schlagen sie dem Studierendenparlament zur Wahl vor.</p> <p>3) Die Referentinnen und Referenten sind an Beschlüsse der jeweiligen Vollversammlung gebunden und auch ihr gegenüber rechenschaftspflichtig.</p>	<p>a) Ausländische Studierenden b) Frauen, sowie Lesbische und bisexuelle Studentinnen c) Schwule und bisexuelle Studenten d) Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung</p>
	<p>§ 20 neu Vollversammlungen der autonomen Referate</p> <p>1) Die autonomen Referate führen jeweils zum Beginn der Vorlesungszeit des SoSe eine Vollversammlung ihrer Studierendengruppen durch. Weitere VV sind nach Bedarf einzuberufen. Für die Einladungen findet § 39 II entsprechende Anwendung.</p> <p>2) Diese Vollversammlungen legen die Anzahl der jeweiligen Referentinnen und Referenten fest, wählen diese mit einfacher Mehrheit und schlagen sie dem Studierendenparlament zur Bestätigung vor.</p> <p>3) Die Referentinnen und Referenten sind an Beschlüsse der jeweiligen Vollversammlung gebunden und in erster Line ihr gegenüber Rechenschaftspflichtig.</p>
<p>§ 20 neu Beschlussfassung</p> <p>Der AStA trifft seine Entscheidungen mit der Mehrheit der anwesenden Referentinnen und Referenten.</p>	<p>§ 21 neu Beschlussfassung</p> <p>Der AStA trifft seine Entscheidungen mit der Mehrheit der anwesenden Referentinnen und Referenten. Dabei nehmen die Autonomen Referate mit je einer Stimme an den Abstimmungen teil.</p>

(1) Die Amtszeit der Referentinnen und Referenten des Allgemeinen Studierendenausschusses beginnt mit ihrer Wahl und endet mit der konstituierenden Sitzung des nächsten Studierendenparlaments.

Finden während dieser Sitzung keine Neuwahlen statt, bleiben die Mitglieder bis zu einer Neuwahl geschäftsführend im Amt.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses endet vorzeitig durch

- a) Exmatrikulation
- b) Rücktritt, der dem Studierendenparlamentspräsidium schriftlich mitzuteilen ist,
- c) Abwahl

(3) Scheidet eine Referentin oder ein Referent des Allgemeinen Studierendenausschusses vorzeitig aus dem Amt, findet auf Antrag eine Nachwahl statt.

V Ältestenrat

§ 21 Aufgaben

(1) Der Ältestenrat wirkt darauf hin, dass die Studierendenschaft ihre Aufgaben im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung und anderen Vorschriften erfüllt.

(2) Der Ältestenrat entscheidet auf Antrag

- a) über die Auslegung von Satzungen und Ordnungen,
- b) über die Rechtmäßigkeit von Beschlüssen, Maßnahmen und Wahlen der Organe der Studierendenschaft und ihrer Teilkörperschaften,
- c) über die Zulässigkeit von Urabstimmungen,
- d) über die Rechtmäßigkeit von Wahlen und
- e) über die Rechtmäßigkeit von Urabstimmungen,

(3) Entsprechende Anträge auf Überprüfung oder Anfechtung, können von jedem Mitglied der Studierendenschaft innerhalb von zehn Tagen nach Bekanntmachung des Beschlusses oder des Ergebnisses beim Ältestenrat gestellt werden.

(4) Abweichend von der Frist in Abs. 3 kann die Wahlordnung eine kürzere Frist für den Widerspruch gegen eine Nichtzulassung eine Liste zu den Wahlen zur studentischen Selbstverwaltung festlegen.

§ 22 Sitzung

(1) Die Präsidentin oder der Präsident des Studierendenparlaments lädt zur konstituierenden Sitzung ein. Der Ältestenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitz. Dieser leitet die Sitzungen und lädt dazu ein.

(2) Der Ältestenrat muss binnen 7 Kalendertagen nach Eingang eines Antrags auf Überprüfung eines Sachverhalts einberufen werden.

(3) Der Ältestenrat ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 23 Beschlüsse

(1) Der Ältestenrat entscheidet mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

(2) Stellt der Ältestenrat die Rechtswidrigkeit einer Wahlhandlung fest, erklärt er diese für unwirksam und setzt für Wahlen durch Organe eine angemessene Frist für die Neuwahl. Stellt der Ältestenrat die Rechtswidrigkeit eines Beschlusses fest, so hat er diesen aufzuheben.

- (3) Der Ältestenrat kann den Vollzug von Beschlüssen bis zur endgültigen Entscheidung aussetzen.
- (4) Unzulässige oder verspätete Anträge werden vom Ältestenrat ohne Beratung verworfen.
- (5) Beschlüsse des Ältestenrates sind wie Parlamentsbeschlüsse bekannt zu geben und werden den Betroffenen mitgeteilt.

§ 24 Wahlen und Zusammensetzung

(1) Der Ältestenrat setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, die kein anderes Amt innerhalb eines Organs der Studierendenschaft bekleiden dürfen.

<p>(2) Die Mitglieder werden vom Studierendenparlament nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.</p>	<p>(2) Die Mitglieder werden vom Studierendenparlament nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Dabei muss von jeder Liste mindestens eine Parlamentarierin oder ein Parlamentarier vertreten sein, sofern sie dies wünscht.</p>
---	--

(3) Die Amtszeit beginnt mit der Wahl und endet mit der konstituierenden Sitzung des nächsten Studierendenparlaments. Finden während dieser Sitzung keine Neuwahlen statt, bleiben die Mitglieder bis zur Neuwahl geschäftsführend im Amt.

(4) Die Amtszeit eines Mitglieds endet vorzeitig

a) durch Exmatrikulation

b) durch Rücktritt, der dem Präsidium schriftlich mitzuteilen ist

(5) Scheidet ein Mitglied des Ältestenrates vorzeitig aus, so rückt die oder der Nächstplatzierte der Liste nach. Ist eine Liste erschöpft, so hat unverzüglich eine Nachwahl für den Rest der Amtszeit zu erfolgen

§ 25 Geschäftsordnung

Der Ältestenrat gibt sich auf seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung. Gibt der Ältestenrat sich keine Geschäftsordnung, findet die Geschäftsordnung des Studierendenparlaments Anwendung.

VI Fachschaften

§ 26 Fachschaften

(1) Die Studierenden eines FB bilden in der Regel eine FS

(2) Gibt es die Möglichkeit, in einem FB mehrere Fachrichtungen zu studieren, so können sich, gemäß der Interessenlage der Studierenden dieser Fachrichtungen, zu jeder Fachrichtung einzelne Fachschaften bilden. Das Studierendenparlament kann auf Antrag von mind. 10 von Hundert der Studierenden der Fachrichtung die Gründung der Fachschaft beschließen. Die FSK nimmt zu dem Antrag Stellung.

(3) Die Fachschaftsräte der neu gebildeten Fachschaften sind bei der nächsten möglichen Wahl zu wählen.

(4) Die Fachschaften nehmen, unbeschadet der haushaltsrechtlichen Verantwortung der Studierendenschaft selbstständig die fachlichen Belange und hochschulpolitischen Interessen der Studierenden in ihrem Bereich wahr. Sie beraten die Studierenden und tragen zur Förderung der Studienangelegenheiten bei. Die Fachschaften verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, der Satzung und der Finanzordnung der Studierendenschaft selbst.

(5) Für die Zusammenführung von Fachschaften eines Fachbereichs gelten die Regelungen entsprechend.

(6) Das Studierendenparlament ist verpflichtet, den Fachschaften im Rahmen des Haushaltsplans eine angemessene Finanzierung zu sichern.

§ 27 Organ und Beschlussfassung

(1) Der Fachschaftsrat ist das Organ der Fachschaft. Er tagt grundsätzlich öffentlich.

(2) Die Fachschaftsräte bestehen aus 5 Mitgliedern. Das Studierendenparlament kann auf Antrag von des Fachschaftsrats eine Abweichung beschließen.

(3) Die Fachschaftsräte haben das Recht, sich Fachschaftsordnungen zur Regelung ihrer Arbeitsweise zu geben. Sie darf der Satzung der Studierendenschaft sowie dem geltenden Recht nicht widersprechen. Sie sind dem Allgemeinen Studierendenausschuss und dem Studierendenparlament zur Kenntnis zu geben.

(4) Die Beschlüsse des Fachschaftsrates erfolgen mit der Mehrheit seiner Mitglieder und sind zu veröffentlichen.

§28 Wahlen

(1) Die Fachschaftsratswahlen werden zusammen mit den Studierendenparlamentswahlen durchgeführt. Das gilt nicht bei Wahlen, die durch eine vorzeitige Auflösung des Studierendenparlaments herbeigeführt werden.

(2) Für die Wahl des Fachschaftsrates gelten die Vorschriften für die Wahl des Studierendenparlaments entsprechend. Wird nur eine Wahlvorschlagsliste eingereicht, wird nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt. Dabei hat jede Wählerin und jeder Wähler so viele Stimmen, wie Fachschaftsratsmitglieder zu wählen sind.

(3) Das aktive und das passive Wahlrecht darf nur in einem Fachbereich ausgeübt werden.

§ 29 Vollversammlung der Fachschaften

Vollversammlungen der Fachschaften dienen dem Austausch von Informationen und der Meinungsbildung. Sie finden auf Verlangen von 5 von Hundert der Studierenden der Fachschaft oder auf Beschluss des Fachschaftsrats statt. Der Fachschaftsrat ist für die Einberufung und Durchführung verantwortlich.

VII Fachschaftenkonferenz

§ 30 Aufgaben

(1) Das gemeinsame Gremium der Fachschaften auf universitärer Ebene ist die Fachschaftskonferenz.

(2) Die Fachschaftskonferenz dient der gegenseitigen Information und Koordination der Arbeit der einzelnen Fachschaften und des Allgemeinen Studierendenausschusses.

(3) Die Fachschaftskonferenz nimmt zu fachbereichsübergreifenden Angelegenheiten des Studiums und zu die Fachschaften betreffenden Maßnahmen Stellung.

§ 31 Zusammensetzung und Sitzungen

(1) Die Fachschaften wählen und entsenden stimmberechtigte Mitglieder in die Fachschaftenkonferenz.

(2) Die Fachschaftskonferenz wählt einen Vorstand, der die Sitzungen einlädt, leitet und die Arbeit koordiniert.

(3) Die Fachschaftskonferenz tagt während der Vorlesungszeit eines Semesters mindestens jeden Monat einmal.

§ 32 Geschäftsordnung

Die Fachschaftskonferenz kann sich eine Geschäftsordnung zu Regelung ihrer Arbeitsweise geben.

VIII Finanzwesen

§ 33 Beiträge

(1) Das Studierendenparlament setzt die Höhe der Beiträge für die Studierendenschaft fest. Die Beiträge sind so zu bemessen, dass die sozialen Verhältnisse der Studierenden angemessen berücksichtigt werden und die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Studierendenschaft unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gewährleistet ist.

(3) Die Beiträge sind bei der Immatrikulation und Rückmeldung fällig und werden von der für die Hochschule zuständigen Kasse eingezogen.

§ 34 Haushalt

(1) Der Allgemeine Studierendenausschuss legt dem Parlament den Entwurf eines Haushaltsplans für das kommende Geschäftsjahr vor. Der Haushaltsplan muss alle zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu tätigen Ausgaben enthalten.

(2) Der Allgemeine Studierendenausschuss hat das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres dem Studierendenparlament mit einem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses zur Entlastung vorzulegen.

(3) Der Haushalt und die Entlastung bedürfen der Genehmigung der Leitung der Universität.

§ 35 Finanzordnung

(1) Das Studierendenparlament beschließt eine Finanzordnung in Ausgestaltung des hessischen Haushaltsrechts.

(2) Sie regelt insbesondere das Nähere zum Verfahren zur Beitragsfestsetzung, zur Aufstellung des Haushaltsplans und zur Haushalts-, Wirtschafts- und Kassenführung der Studierendenschaft.

IX Rechnungsprüfungsausschuss

§ 36 Aufgaben

1) Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft das Finanzgebaren der Studierendenschaft in sachlicher, wirtschaftlicher und rechnerischer Hinsicht, erstattet dem Studierendenparlament schriftlich Bericht über das Ergebnis der Akteneinsicht und gibt eine Beschlussempfehlung.

2) Jedes Mitglied hat das Recht, bis zum gemeinsamen Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses selbständig und unabhängig von den übrigen Ausschussmitgliedern zu prüfen. Sondervoten sind zulässig und dem Ausschussbericht

beizulegen. Der Bericht nebst Sondervoten und Anlagen ist der Präsidentin oder dem Präsidenten der Universität unverzüglich zuzuleiten.

3) Die Ausschussmitglieder haben über personenbezogene Daten Stillschweigen zu wahren.

§ 37 Zusammensetzung

(1) Der Rechnungsprüfungsausschuss setzt sich aus mindestens sieben Mitgliedern zusammen, wobei von jeder Liste mindestens ein Parlamentarier vertreten sein muss, sofern die Fraktion dies wünscht. Die Zahl der Mitglieder muss ungerade sein.

(2) Die Mitglieder des Ausschusses dürfen während der zu überprüfenden Zeit keine Amtsträgerinnen oder Amtsträger i.S. des § 5 Abs. 2 lit. a).

§ 38 Sitzung und Beschlussfassung

(1) Die Präsidentin oder der Präsident des Studierendenparlaments lädt zur konstituierenden Sitzung ein. Der Ausschuss wählt einen Vorsitz. Dieser lädt zu den Sitzungen und leitet diese.

(2) Er entscheidet mit der Mehrheit seiner satzungsmäßigen Mitglieder.

X Urabstimmung und Vollversammlung

§ 39 Urabstimmung

(1) Gegenstand der Urabstimmung kann jede Angelegenheit sein, die zu den Aufgaben der Studierendenschaft gehört. Die Satzung, Satzungsänderungen sowie Entscheidungen des Ältestenrates, Haushaltspläne, Beiträge und Wahlen von Amtsträgern der Studierendenschaft können nicht Gegenstand einer Urabstimmung sein. Ein Antrag auf Urabstimmung zur Aufhebung eines Beschlusses des Studierendenparlaments kann nur innerhalb von zehn Tagen nach Bekanntgabe des Beschlusses eingebracht werden.

(2) Eine Urabstimmung findet statt auf

a) Verlangen von 5 von Hundert der Studierenden

b) Antrag des Studierendenparlaments

c) Antrag des Allgemeinen Studierendenausschusses

d) auf Beschluss der studentischen Vollversammlung nach Maßgabe des § 38 Abs. 3.

(3) Über die Zulässigkeit einer Urabstimmung entscheidet der Ältestenrat spätestens vierzehn Tage nach Eingang des Antrags.

(4) Die Urabstimmung muss vom Allgemeinen Studierendenausschuss unverzüglich nach Feststellung der Zulässigkeit des Antrages durchgeführt werden. Sie darf nur während der Vorlesungszeit stattfinden.

(5) Eine Urabstimmung ist erfolgreich, wenn mehr als 20% der Wahlberechtigten an ihr teilgenommen haben und sich mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen für den Antrag ausgesprochen haben.

(6) Die Urabstimmung wird gemäß den für die Urnenwahl geltenden Bestimmungen der Wahlordnung durchgeführt.

§ 40 Vollversammlung der Studierendenschaft

(1) Vollversammlungen dienen dem Austausch von Informationen und der Meinungsbildung innerhalb der Studierendenschaft.

(2) Die Vollversammlung hat das Recht, mit einfacher Mehrheit dem Studierendenparlament oder dem AStA Anträge zur Beschlussfassung vorzulegen. Diese Anträge müssen auf der nächsten Sitzung des Studierendenparlaments Gegenstand der Debatte sein.

(3) Eine Vollversammlung findet statt auf

- a) Verlangen von 5 von Hundert der Studierenden
 - b) Antrag des Studierendenparlaments
 - c) Antrag des Allgemeinen Studierendenausschusses
- (4) Der Allgemeine Studierendenausschuss ist für die Einberufung und Durchführung der Vollversammlung zuständig.

XI Schlussbestimmungen

§ 41 Satzungsänderung

(1) Zur Änderung der Satzung bedarf es einer Behandlung in drei Lesungen auf zwei Sitzungen des Studierendenparlaments. In der dritten Lesung erfolgt die Beschlussfassung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden, mindestens mit der Mehrheit der satzungsmäßigen Mitglieder.

§ 42 Übergangsbestimmungen

(1) Die am Tage des Inkrafttretens dieser Satzung amtierenden Mitglieder der Organe der Studierendenschaft bleiben bis zur Neuwahl nach dieser Satzung im Amt.

(2) Beschlüsse eines Organs der Studierendenschaft, die vor Inkrafttreten dieser Satzung gefasst worden sind und dieser Satzung widersprechen, bleiben, soweit sie bereits vollzogen wurden wirksam. Soweit sie nicht vollzogen wurden, sind sie mit Inkrafttreten dieser Satzung aufgehoben, oder sind entsprechend zu ändern.

§ 43 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Satzung der Studierendenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen vom 24. März 1994, StAnz. 1996/ xxxxx wird mit Inkrafttreten dieser Satzung aufgehoben.

§ 44 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt nach ihrer Genehmigung durch den Präsidenten, bzw die Präsidentin, am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Sie ist im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen.